

Die Kreisverwaltung Neuwied erlässt gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 28 a Abs.1 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Artikel 4a des Gesetzes vom 21. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3136), in Verbindung mit § 2 der Landesverordnung zur Durchführung des Infektionsschutzgesetzes vom 10. März 2010 (GVBl. S. 55), zuletzt geändert durch § 7 des Gesetzes vom 15. Oktober 2012 (GVBl. S. 341), BS 2126-10, in Verbindung mit § 23 Abs. 1 und 6 der Achtzehnten Corona-Bekämpfungsverordnung Rheinland-Pfalz vom 20. März 2021 (GVBl. S. BS 2126-13) in der jeweils geltenden Fassung und im Einvernehmen mit dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demographie und nach Abstimmung mit der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion und dem Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung folgende

Allgemeinverfügung (20.04.2021)

1. Abweichend von § 12 Abs. 2 Satz 1 der 18. CoBeLVO entfällt ab 22. April 2021 an allen Schulen der Präsenzunterricht. Die Regelungen des § 12 Abs. 6 der 18. CoBeLVO über die Einrichtung einer schulischen Notbetreuung sowie die Regelungen nach § 12 Abs. 2 Satz 3 der 18. CoBeLVO über die Durchführung von Prüfungen und Prüfungsvorbereitungen bleiben bestehen. Die Durchführung der Vorbereitung auf Abschlussprüfungen im Sinne des § 12 Abs. 2 Satz 3 der 18. CoBeLVO kann abweichend von Satz 1 im Rahmen des Präsenzunterrichts erfolgen.
2. Abweichend von § 13 Abs. 1 der 18. CoBeLVO findet an allen Kindertagesstätten eine Notbetreuung für folgende Kinder statt:
 - a. Kinder berufstätiger Eltern bzw. berufstätiger Alleinerziehender und anderer Sorgeberechtigter, die auf eine Betreuung angewiesen sind und denen keine andere Betreuungsmöglichkeit zur Verfügung steht,
 - b. Kinder in Familien, die sozialpädagogische Familienhilfen nach § 31 des Achten Buches Sozialgesetzbuch oder teilstationäre Hilfen zur Erziehung nach § 32 des Achten Buches Sozialgesetzbuch erhalten,
 - c. Kinder, bei denen der Allgemeine Soziale Dienst des Jugendamtes dies für zweckmäßig erachtet, auch wenn die Familie keine Individualleistung erhält,
 - d. Kinder in Kindertagesstätten mit heilpädagogischem Angebot, soweit deren Betrieb für die Betreuung und Versorgung beeinträchtigter Kinder und Jugendlicher unverzichtbar ist,
 - e. Kinder, bei denen die Einrichtungsleitung zu dem Schluss kommt, dass die Betreuung im Sinne des Kindeswohls geboten ist. Die Sorgeberechtigten sollen ermuntert werden, die Notbetreuung für Kinder in Anspruch zu nehmen, sowie
 - f. Kinder, die aufgrund der bevorstehenden Einschulung im Sommer 2021 weitere Unterstützung benötigen.

Für die nach § 43 Abs. 1 SGB VIII erlaubnispflichtige Kindertagespflege gelten die vorgenannten Regelungen zur Notbetreuung sinngemäß.
3. Auf die Bußgeldvorschrift des § 73 Abs. 1a Nr. 6 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) sowie die Strafvorschrift des § 74 IfSG wird hingewiesen; ebenso auf § 24 der 18. CoBeLVO.
4. Diese Allgemeinverfügung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
5. Diese Allgemeinverfügung tritt mit Ablauf des 07.05.2021 außer Kraft.

6. Diese Verfügung und ihre Begründung können bei der Kreisverwaltung Neuwied, Rechtsabteilung, nach vorheriger Terminabsprache (02631/803-243 oder poststelle@kreis-neuwied.de) zu den üblichen Öffnungszeiten eingesehen werden. Die Verfügung ist einschließlich ihrer Begründung auch auf der Homepage der Kreisverwaltung Neuwied veröffentlicht.

Rechtliche Hinweise

1. Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die angeordneten Schutzmaßnahmen haben keine aufschiebende Wirkung (§ 28 Abs.3 i.V.m. § 17 Abs. 8 IfSG).
2. Weitere Maßnahmen zur Durchsetzung dieser Allgemeinverfügung bleiben vorbehalten.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei der Kreisverwaltung Neuwied, Wilhelm-Leuschner-Straße 9, 56564 Neuwied schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen. Bei schriftlicher Einlegung ist die Widerspruchsfrist nur gewahrt, wenn der Widerspruch noch vor Ablauf der Frist bei der Behörde eingegangen ist. Die Schriftform kann durch E-Mail mit qualifizierter elektronischer Signatur ersetzt werden. Die E-Mail ist an die Adresse poststelle@kreis-neuwied.de zu senden.

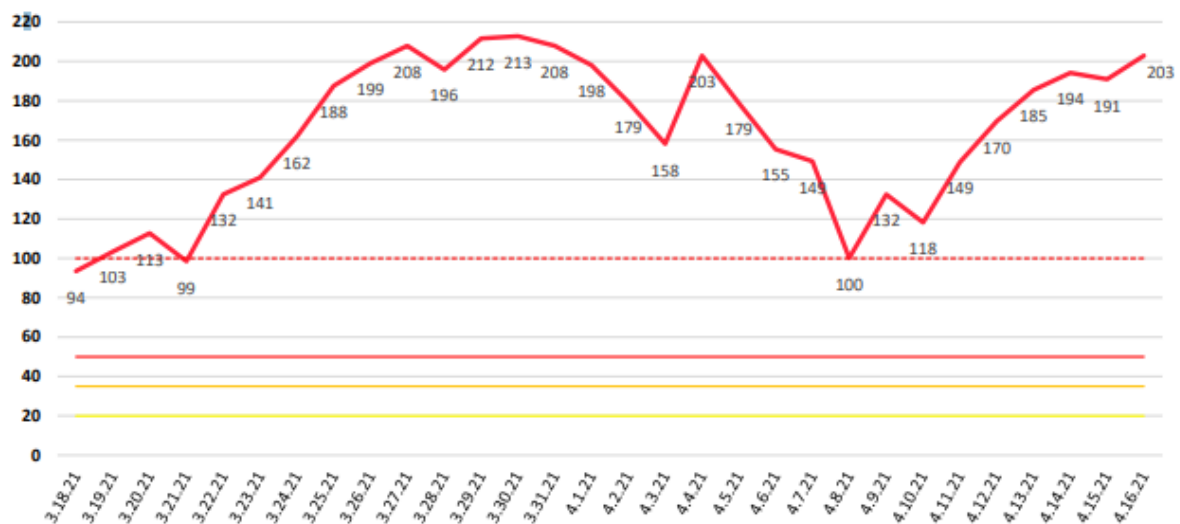
Kreisverwaltung Neuwied
Neuwied, 20.04.2021
gez. Achim Hallerbach
Landrat

Begründung:

Die vorliegende Allgemeinverfügung wird auf der Grundlage des §§ 28, 28a IfSG in Verbindung mit § 33 IfSG erlassen. Danach trifft die zuständige Behörde, wenn Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt werden, die notwendigen Schutzmaßnahmen, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist. Unter den Voraussetzungen von Satz 1 kann die zuständige Behörde Veranstaltungen und sonstige Ansammlungen von Menschen beschränken oder verbieten oder in § 33 IfSG genannte Gemeinschaftseinrichtungen oder Teile davon schließen. Zu den Gemeinschaftseinrichtungen nach § 33 IfSG zählen u.a. Kindertageseinrichtungen und Schulen.

Zuständige Behörde ist nach § 2 der Landesverordnung zur Durchführung des Infektionsschutzgesetzes grundsätzlich die Kreisverwaltung.

Die 7-Tages-Inzidenz für den Landkreis Neuwied ist in den letzten Wochen stark gestiegen. Die Marke von 200 wurde bereits mehrfach überschritten.



Die steigenden Inzidenzen sind trotz der erheblichen Einschränkungen durch die Allgemeinverfügungen des Landkreises Neuwied vom 03.04. und vom 12.04.2021 zu verzeichnen. Durch den Erlass dieser Allgemeinverfügung reagiert der Landkreis mit weiteren Maßnahmen auf diese Entwicklung des Infektionsgeschehens.

Aufgrund der steigenden Inzidenzzahlen ist eine Reduzierung der Kontakte auf das Notwendigste und somit ein Eingriff in den Regelbetrieb der Kindertagesstätten und den Präsenzunterricht der Schulen erforderlich.

Daher sind die getroffenen Einschränkungen in der Kinderbetreuung der Tageseinrichtungen unumgänglich um Kontakte weiter zu reduzieren. Dies betrifft zum einen die Kontakte unter den Kindern selbst, aber auch die Kontakte von Erwachsenen insbes. in den Bring- und Abholsituationen. Eine Notbetreuung bleibt aus Gründen der Verhältnismäßigkeit erhalten.

Die Schließung der Schulen für den Präsenzunterricht ist ebenfalls verhältnismäßig. Zwar ist das Ausbruchsgeschehen an den Schulen (noch) gering, allerdings ist der Schulbetrieb mit einer hohen Mobilität und einer hohen Kontaktwahrscheinlichkeit verbunden.

Es geht dabei weniger um das Ausbruchsgeschehen in der Schule selbst, da hier Hygienemaßnahmen eingeführt sind, sondern vielmehr um das Schülerverhalten in Wartebereichen vor und nach dem Schulbetrieb, um die Schülerbeförderung und das private Verhalten vor und nach dem Schulbetrieb. Die Notbetreuung an den Schulen bleibt bestehen.

Die Schließung der Schulen ist auch und gerade im Hinblick auf die massive Ausbreitung von Virus-Mutationen geeignet, eine Vielzahl von Kontakten zwischen Personen zu vermeiden und damit die Übertragung zu minimieren. Zwischenzeitlich haben sich in fast allen Schulformen Unterrichtsformate in digitaler Form etabliert, die den Präsenzunterricht annähernd adäquat ersetzen können.

Die Schließung der Kindertageseinrichtungen und Schulen ist mit besonderen Herausforderungen für die betroffenen Familien verbunden und deshalb zunächst auf zwei Wochen zu befristen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei der Kreisverwaltung Neuwied, Wilhelm-Leuschner-Straße 9, 56564 Neuwied schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen. Bei schriftlicher Einlegung ist die Widerspruchsfrist nur gewahrt, wenn der Widerspruch noch vor Ablauf der Frist bei der Behörde eingegangen ist. Die Schriftform kann durch E-Mail mit qualifizierter elektronischer Signatur ersetzt werden. Die E-Mail ist an die Adresse poststelle@kreis-neuwied.de zu senden.

Kreisverwaltung Neuwied
Neuwied, 20.04.2021
gez. Achim Hallerbach
Landrat